

Der Hähnchenkrieg reicht bis in die Kirchen

Landwirtschaft In Niedersachsen wächst der Unmut über Agrarfabriken. Die Grünen punkten deshalb im Wahlkampf mit ihrer Kritik an der Massentierhaltung. Selbst Pfarrer legen sich mit den Stallbetreibern an. *Von Christoph Link, Oldenburg*

Ein Lehrer, ein Bauer und ein Behördenmitarbeiter zwingen sich in den Jeep des Hotelwirts Wilfried Papenhusen vom Gut Moorbeck in Wildeshausen und gehen auf Inspektionsfahrt entlang des Hähnchen-Highways, wie man die A 7 hier im westlichen Niedersachsen nennt. Die vier vereint die Wut über die Massentierhaltung in der Region, und mit ihren unterschiedlichen Motiven sind sie ein Spiegelbild der Gesellschaft.

Schon an den Ortsnamen lässt sich die Idylle der Wildeshauser Geest ablesen, einer von Mooren, Trockenrasen und Wäldern geprägten Landschaft: Man fährt zur Posenkuhle, wo ein Hähnchenmastbetrieb mit 83 000 Tieren steht, dann zum Windmühlenweg, wo die Abluft eines Stalles mit 120 000 Hühnern in ein Wohngebiet weht. Später biegt man in die Buchenallee, wo eine Agrarfabrik seine Kapazität verdoppeln will. Aber da diese Investition nur 300 Meter von einem Naturschutzgebiet entfernt erfolgen soll, hat die Wildeshauser Bürgerinitiative Mensch und Natur, der der Wirt Papenhusen vorsteht, mit Einwendungen einen ihrer seltenen Erfolge erzielt: Das Genehmigungsverfahren ruht auf Antrag des Bauherrn.

Man muss nur drei oder vier Kilometer in der Gegend von Wildeshausen und Großketten fahren und man entdeckt wieder eine neue, blitzblanke, mit Metallzäunen abgeriegelte Hähnchenmast. Es sind kleine Fabriken, meist, aber nicht immer neben einem Gehöft. Papenhusens Jeep stoppt an einer Anlage in freier Landschaft. „Wertvoller Tierbestand – Zutritt zu den Stallungen untersagt“ steht auf dem Schild. Weder Mensch noch Tier sind zu sehen, die Anlage funktioniert geräuschlos, halbautomatisch, es könnte eine Trafostation oder Lagerhalle sein. Zehntausende Hühner sind allein im fensterlosen Beton. Morgens und abends komme ein Mitarbeiter, kümmere sich um den Stall und sortiere tote Tiere aus, sagt Hans-Joachim Janßen, Grünen-Kandidat und Angestellter der Unteren Naturschutzbehörde in Brake.

Bei einem Schwund von vier Prozent in der 42-tägigen Mastzucht kann sich jeder ausrechnen, was aus der 84 000-Tiere-Anlage entsorgt werden muss: 80 Sterbefälle am Tag. „Ich empfinde das Tier als ein Mitgeschöpf, das Anspruch auf ein artgerechtes Leben hat“, sagt Janßen (52). Für ihn ist die Landwirtschaft aus dem Lot geraten:



Wilfried Papenhusen und Hans-Joachim Janßen vor einer Großmastanlage

Foto: Link

Griechisches Gold

Rohstoff Der steigende Preis macht den Goldabbau auf der Halbinsel Chalkidiki interessant. Umweltschützer warnen. *Von Gerd Höhler*

D röhnend frisst sich der Bohrmeißel ins Gestein. Dann füllen der Sprengmeister Apostolos Valdimos und seine Männer die drei Meter tiefen Bohrlöcher am Ende des Stollens mit Sprengstoff. Die Maschinen fahren zurück, die Arbeiter verlassen den Stollen. Kurz darauf erschüttert eine Detonation den Berg. Wieder ist der Tunnel einige Meter tiefer, wieder sind die Männer ihrem Ziel etwas näher gekommen: einem kostbaren Goldschatz. „Dort liegen 118 Tonnen“, sagt Kostas Georgantzis. Er ist Sprecher der Firma Hellas Gold. Sie treibt oberhalb des Küstenortes Olympias den Stollen ins Stratonikos-Bergmassiv. 2015 will das Unternehmen mit der Förderung beginnen.

Schon in der Antike wurden hier, auf der nordgriechischen Halbinsel Chalkidiki, Edelmetalle abgebaut. Ohne das Gold wären weder der Aufstieg des Königreichs Makedonien zur Vormacht in Griechenland unter Philipp II noch die Feldzüge seines Sohnes Alexanders des Großen denkbar gewesen. „Die Menschen der Bergdör-



Ein Mastbetrieb im Landkreis Vechta: jedes zweite Huhn in Deutschland stammt aus Niedersachsen.

Foto: dpa

Futter wird aus Amerika oder Asien importiert, rollt mit Lastwagen über die A 7 an, das fertige Produkt wird vermarktet, aber Kot und Gülle bleiben in Wildeshausen: „Wir haben einen enormen Kotüberschuss, die Belastung der Böden durch den Nitrat steigt“, sagt Janßen. Der auf den Feldern ausgetragene Hühnerkot stinke bestialisch. Selbst manche Bauern sehen den Aufschwung der Agroindustrie skeptisch: Jedes dritte Schwein kommt aus Niedersachsen, jede zweite Pute und jedes zweite Masthähnchen. Dabei hat das Bundesland nur 15 Prozent der Ackerflächen Deutschlands. Die Zahl der Hähnchen ist binnen drei Jahren um fast 30 Prozent auf gut 63 Millionen angewachsen. Marktführer wie Rothkötter und Wiesenhof erhielten zehn Millionen Euro Investitionen vom Wirtschaftsministerium in Hannover.

Im Jeep sitzt auch Bauer Werner Ahlers, ein Mitglied des Arbeitskreises Bäuerliche Landwirtschaft. Er besitzt 150 Rinder, bewirtschaftet etliche Felder und füttert die Tiere mit selbst erzeugtem Mais. Ahlers fragt sich, wohin die Reise gehen soll, wenn Ackerland und Tiermast entkoppelt werden. „Ich habe mal in einem Industriegebiet bei Hamburg einen Kuhstall gesehen“, sagt Ahlers. Es war ein Schlüsselerlebnis für ihn. „Ich bin für den Erhalt der bäuerlichen Strukturen.“ Die Lohnmast verändert das Bauernland und die Lebensqualität.

Der Lehrer Uwe Behrens (37) wohnt in Amelhausen in der sechsten Generation in

einem alten Bauernhaus, doch er sieht einschneidende Veränderungen auf sich zukommen. Ein benachbarter Landwirt wolle eine Hähnchenmast bauen, der Abluftschacht läge nur 280 Meter von seinem Haus entfernt. Für Behrens ein Dilemma: „Mein Sohn hat Asthma. Wir wehren uns gegen das Projekt.“ Der Investor wohne acht Kilometer von der Anlage entfernt. Warum schreibe der Staat keine Filterpflicht vor, fragt Behrens.

Angst vor den Emissionen hat auch der Hotelier Papenhusen. In seinen schmucken Gutshof von 1669 zieht es Touristen aus Holland und Nordrhein-Westfalen: „Der Urlauber nimmt die Agrarfabriken noch nicht wahr, aber wir Wirte sehen die lauernde Gefahr. Unser grüner Naturpark darf nicht zum grauen Industriepark werden.“ Papenhusens Bürgerinitiative hat 30 Mitglieder, sie sieht sich als Teil einer landesweiten Bewegung. 100 örtliche Widerstandsgruppen haben sich in Niedersachsen zum Landesnetzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken zusammengetan.

Die Grünen, die nach der Landtagswahl am 20. Januar gerne mit der SPD koalieren würden – und die Umfragen sehen gute Chancen für Rot-Grün – haben die Massentierhaltung als Thema entdeckt. Christian Meyer, Diplomsozialwirt und Agrarexperte der Landtagsgrünen sitzt in einem Bioesrestaurant in Oldenburg und lässt vor Eifer seine Lachs-Spinat-Lasagne kalt werden. „Wenn wir eine Wahlveranstaltung zur Massentierhaltung machen, kommen 130 Leute – viel mehr als beim Thema Energie.“ Den Grünen wird laut NDR-Umfrage die höchste Agrarkompetenz in Niedersachsen zugetraut (33 Prozent), gefolgt von der CDU (29) und der SPD (20).

Auch CDU-regierte Landkreise wie das Emsland haben durch schärfere Auflagen deutlich gemacht, dass sie keine weiteren Großställe wollen. „Die Stimmung kippt gegen große Mastanlagen“, sagt Meyer. Der 37-Jährige stammt aus einem Dorf an der Weser, wo ein Investor eine Ziegenzucht für 7000 Tiere bauen wollte: „Grüne waren da nie im Gemeinderat, plötzlich erhielten wir 40 Prozent.“ Sollte Meyer Landwirtschaftsminister werden, würde er die Agrarwende einleiten, EU-Gelder in umwelt-

schonende Bewirtschaftung, Ökolandbau und Tierschutz lenken. Niedersachsen sei im Vergleich weit hinter Bayern und Baden-Württemberg.

Die Wut über die Agrarfabriken spaltet mittlerweile die Gesellschaft. Nach Predigten in den Erntedankgottesdiensten, die „teilweise harsche Kritik an den Produktionsmethoden der modernen Landwirtschaft und hier wiederum der Veredlung“ enthielten, wie es in einem Rundbrief des niedersächsischen Landvolks hieß, hatte der Bauernverband dazu aufgerufen, ihm „überzogene Kritik“ von Pfarrern zu melden. Das löste Entrüstung aus. Auch für Pfarrer gilt Meinungsfreiheit, von Denunziation war die Rede. Der Hannoverische Pfarrverein forderte eine Entschuldigung, die der Landvolkpräsident Werner Hülse schließlich abgab: „Unser Anliegen war in die Vergangenheit gerichtet. Wir wollten nicht mit Block und Bleistift in die Kirche gehen, um die Pfarrer auszuhorchen.“

Aber wie die 80 000 Bauern in Niedersachsen denken, wird in einer Debatte des Landvolks mit den Agrarexperten der Fraktionen deutlich. Da erhielt ein FDP-Politiker viel Beifall für die Bemerkung, die einzige Geschäftsgrundlage des Landwirts sei der Boden – und über den müsse er frei verfügen können. Ob die FDP im nächsten Landtag überhaupt vertreten ist, bleibt fraglich. Bisherige Umfragen sehen sie bei drei bis vier Prozent.

„Hier kocht es“, sagt der Tankwart am Ortsrand der Küstengemeinde Ierissos, dem Zentrum des Widerstandes. Im Café Public sitzen die Aufgebrachtsten. Viele tragen schwarze Anoraks mit dem Motto der Bürgerinitiative: „Nein zum Goldabbau“. Irini Markou beschreibt ein apokalyptisches Szenario: „Wasser und Luft werden verseucht, Staub wird sich auf unsere Pflanzen legen und das Gemüse ungenießbar machen, die Krebserkrankungen nehmen zu.“

All das sei in Studien der Universität Thessaloniki nachzulesen, sagt Markou. Die Leute in Ierissos fürchten vor allem um den Tourismus, von dem in dieser Gegend viele Familien leben. Gestützt werden die heftigen Proteste von der radikal-linken Partei Syriza. Parteichef Alexis Tsipras war bereits zwei Mal vor Ort, um die Goldgegner anzufeuern. Syriza macht sich Hoffnung, die nächste Parlamentswahl, wann immer sie stattfinden wird, zu gewinnen. Dann will sie die Goldminen auf der Chalkidiki sofort schließen.



„Das Projekt ist auf 30 Jahre angelegt“, erklärt Firmensprecher Georgantzis. Nicht nur bei Olympias gräbt das Unternehmen nach Edelmetallen, sondern auch im einige Kilometer südlich gelegenen Skouries. „Wir haben nachgewiesene Vorkommen von 230 Tonnen reinem Gold, 1500 Tonnen Silber, 740 000 Tonnen Kupfer sowie 1,5 Millionen Tonnen Blei und Zink“, erklärt Georgantzis. Allein das Gold hat nach heutigen Marktpreisen einen Wert von fast zehn Milliarden Euro.

Hellenic Gold, das zu 95 Prozent dem kanadischen Minenkonzern Eldorado Gold und zu fünf Prozent dem griechischen Bauunternehmen Ellaktor gehört, will in den Abbau rund 770 Millionen Euro investieren. Läuft alles nach Plan, steigt Griechenland schon 2016 zum größten Goldproduzenten Europas auf, mit einer Fördermenge von 425 000 Unzen, was etwa zwölf Tonnen entspricht. Spitzenreiter in Europa ist bisher Finnland, mit einer jährlichen Fördermenge von etwa acht Tonnen.

Doch es ist nicht sicher, dass alles nach Plan läuft. Das Projekt hat fanatische Geg-

Ein Fehler im System

Transplantation Die Manipulationen sind verheerend für das Vertrauen in die Organspende. *Von Barbara Thurner-Frohm*

Seit Jahrzehnten trage ich in meinem Geldbeutel eine Verfügung mit mir herum, die besagt, dass ich im Falle eines Falles zur Organspende bereit bin. Diese Mitteilung habe ich jetzt herausgenommen. Denn mein Vertrauen in die Transplantationsmedizin ist erschüttert. Manipulationen in Göttingen, München, Regensburg, jetzt in Leipzig – und stets die gleiche Abwiegelei: Das seien nur Einzelfälle, das System als solches sei gut. Wie aber kann ein System gut funktionieren, wenn schon stichprobenhafte Untersuchungen so viele Betrugsfälle zu Tage fördern?

Nein, dieses System mag in der Theorie gut funktionieren, in der Praxis ist es unterwandert von egomanischen Ärzten, denen es um ihr Renommee, tolle Operationszahlen oder – das will man in Leipzig nicht ausschließen – um persönliche Bereicherung geht. Aber auch an den Kliniken muss man zweifeln. Zwar äußern sie sich bestürzt, aber Transplantationen sind eben auch so lukrativ, dass man das Geschäft lieber selber macht, als es anderen zu überlassen. Es wäre deshalb eine namhafte überparteiliche Kommission nötig, die den Manipulationen nachgeht, Strukturen überprüft, staatliche Kontrollmöglichkeiten vorschlägt und integriertes Spitzenpersonal benennt. Denn nur wenn das Vertrauen zurückkehrt, können Patienten auf genügend Organspender hoffen.

Nüchterner Kurs

Alkohol Kretschmann nimmt den Kampf gegen Saufgelage wieder auf. Viel erwarten sollte man nicht. *Von Thomas Breining*

Nun versuchen sie es noch einmal: Die grün-rote Landesregierung lädt an einen Runden Tisch. An ihm soll beraten werden, wie man übermäßigen Alkoholgenuss auf öffentlichen Straßen und Plätzen verhindern kann. Ein generelles Konsumverbot, das Städte und Gemeinden für bestimmte Örtlichkeiten und bestimmte Zeiten aussprechen dürfen, lässt sich politisch nicht durchsetzen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) fände es zwar in Ordnung, auch der Innenminister Reinhold Gall (SPD). Doch spielen weder die Grünen noch die Sozialdemokraten mit.

Erstaunlich eigentlich, denn gerade die SPD ist nicht bekannt für massiven Widerstand gegen wachsendes Regelungsbedürfnis seitens des Staates. Dieses trübe sich mit dem Wunsch des belästigten Bürgers, zum Handy zu greifen, 110 zu wählen und so das Problem an die polizeiliche Obrigkeit delegieren zu können. Das geschieht gewiss oft genug. Die Leidtragenden sind so oder so die Polizisten, die entweder ein Alkoholverbot durchsetzen oder lästig werdende Trunkenbolde in die Schranken weisen müssen. Man kann die Verantwortung an Uniformierte abgeben. Zuvor darf man sich aber schon überlegen, welche anderen Möglichkeiten es gibt, das öffentliche Schautrinken zu sanktionieren. Wenn ein Runder Tisch das leistet, warum nicht?

Unten rechts

Mehr Aufregung

Kürzlich, als die Straßen spiegelglatt waren, rutschte eine junge Autofahrerin auf ihren Vordermann auf und verursachte einen mittleren Blechschaden. Während man auf die Polizei wartete, sagte sie Erstaunliches: „Eigentlich müsste ich mich furchtbar ärgern, aber man kann es auch so sehen: Endlich ist etwas los in meinem ereignisarmen Leben.“ Wäre die Bemerkung ernst zu nehmen, müsste man fürchten, dass die Menschen Unfälle riskieren, um einen Thrill in ihrem Leben zu haben. Oder drückt sich in den Worten der Frau eine Stimmung aus, unter der viele leiden? Geht das Gespenst der Langeweile um? Dass das Fernsehen fast nur noch Kriminalfilme sendet, hat mit den Erwartungen der Zuschauer zu tun, die – wie die hohen Einschaltquoten bestätigen – nach aufregenden Stoffen gieren.

Im Vergleich zu früher leben wir in ruhigen Zeiten, in denen Langeweile aufkommen kann. Die Autorin Felicitas Hoppe hat diese zum literarischen Prinzip erhoben. Als sie im Herbst den Bchner-Preis erhielt, beschrieb sie ihr Werk mit den Worten: „Kein Krieg, keine Wende, nicht einmal geschiedene Eltern.“ Peter Scholl-Latour hat jüngst bekannt, Journalismus nur zu einem Zwecke betrieben zu haben: „Ich wollte was erleben.“ Was macht man nicht alles aus Langeweile. *Werner Birkenmaier*